

NACHRICHTEN

Keine weiteren Ermittlungen

IRAN sda. Nach jahrelangem Streit hat die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) ein bedeutendes Kapitel im Atomkonflikt mit dem Iran offiziell geschlossen. Die IAEA wird nun nicht weiter in der Frage früherer iranischer Atomwaffenforschung ermittelt. Das teilte die Behörde nach dem Treffen des IAEA-Gouverneursrates in Wien mit. Der Iran begrüßte die Entscheidung.

Mehr Angriffe auf Asylunterkünfte

DEUTSCHLAND sda. Brandstiftung, Schmierereien, eingeschmiesene Scheiben: In Deutschland ist die Zahl der Angriffe auf Asylunterkünfte enorm gewachsen. Mehr als 800 waren es bisher – etwa viermal so viele wie 2014.

Reformpaket gebilligt

GRIECHENLAND sda. Mit der knappen Regierungsmehrheit von nur drei Stimmen hat das griechische Parlament ein Reformpaket gebilligt, das Voraussetzung für eine weitere Hilfsmilliarde aus Brüssel ist. Mit Ja stimmten alle 153 Abgeordneten der Linken-Rechts-Regierung. Das Paket umfasst eine Neuorganisation des griechischen Privatisierungsfonds, der Staatsfirmen verkaufen soll, und eine Umschichtung sogenannter fauler Kredite.

Streit über Ausweise

SERBIEN-KOSOVO sda. Die zerstrittenen Nachbarländer Serbien und Kosovo haben einen neuen Streit vom Zaun gebrochen: Seit Mitternacht akzeptiere die Kosovo-Grenzpolizei keine serbischen Personalausweise mehr, berichtete der zuständige serbische Minister Marko Djuric. Angehörige der serbischen Minderheit im Kosovo seien damit gezwungen, sich von den dortigen Behörden Papiere ausstellen zu lassen.

Täterprofil aus der DNA

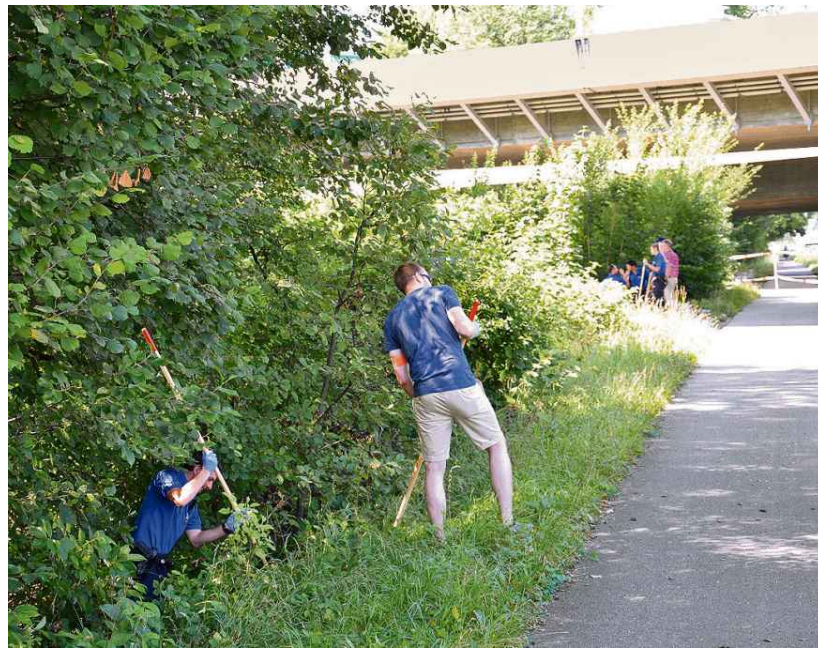
DNA-GESETZ Nach dem Vergewaltigungsfall in Emmen ist es für Nationalrat Albert Vitali Zeit, das DNA-Profil-Gesetz zu modernisieren. Die Polizei arbeite mit Methoden aus dem letzten Jahrhundert.

DEBORAH STOFFEL
deborah.stoffel@luzernerzeitung.ch

Mit einer Motion fordert der Luzerner Nationalrat Albert Vitali, dass der Bund das DNA-Profil-Gesetz anpasst. Die Strafverfolgungsbehörden sollten nicht nur die nichtcodierenden DNA-Abschnitte entschlüsseln können, sondern auch die codierenden. Das heisst, sie könnten nicht nur wie bisher Angaben zum Geschlecht des Täters eruiieren, sondern auch Informationen etwa zu dessen Haarfarbe, Augenfarbe, Hautfarbe oder Statur. Ebenfalls würden diese zusätzlichen Informationen den Strafverfolgungsbehörden ermöglichen, ein Täterprofil zu erstellen. Damit wären aufwendige DNA-Tests, wie man sie Anfang November im Kanton Luzern zur Ermittlung des Täters von Emmen durchgeführt hat, nicht mehr nötig, sagt der Nationalrat.

Bisher zwei Tests

Für Vitali gab dieser Fall, die Vergewaltigung einer 26-jährigen Frau im letzten Sommer in Emmen, den Anlass, das Thema aufzugreifen. Die Frau ist nun querschnittgelähmt. Dass der Bundesrat in seinem Entwurf für das DNA-Profil-Gesetz 2000 bereits die Möglichkeit einschloss, die codierenden DNA-Abschnitte zu entschlüsseln, habe ihn in seinem Vorhaben bestärkt. «Damals hat zwar das Parlament den Passus aus Angst vor Missbrauch und Datenschutzverletzungen gestrichen», sagt Vitali. In National- und Ständerat gaben damals Bedenken wegen des Grundrechtsschutzes den Ausschlag. Seit das Gesetz 2003 in Kraft getreten sei, habe sich jedoch einiges geändert, betont Albert Vitali.



Polizisten letzten Sommer an dem Ort in Emmen, wo eine Frau vergewaltigt wurde.

Bild Beatrice Vogel

«Heute hat man Erfahrung mit DNA-Tests», sagt Vitali. Neben dem DNA-Massentest im Zusammenhang mit der Vergewaltigung in Emmen gibt es jedoch nur einen weiteren Fall: Im Jahr 2000 mussten im Zusammenhang mit der Ermordung einer Psychoanalytikerin in der Stadt Zürich 300 Männer eine Speichelprobe abgeben. Doch der erste DNA-Massentest der Schweiz verlief erfolglos. Der Mörder ist bis heute nicht gefasst.



«Heute sind Ermittlungsmethoden mit Fingerabdrücken und Phantombildern passé.»

ALBERT VITALI,
FDP-NATIONALRAT (LUZERN)

Eine DNA-Datenbank gibt es in der Schweiz seit Juli 2000. Sie wurde von FBI-Spezialisten in Bern vorerst provisorisch eingerichtet. Am 1. Januar 2005 traten dann das DNA-Profil-Gesetz und die entsprechende Verordnung in Kraft. Darin ist geregelt, dass für die Erfassung von DNA-Proben in eine Datenbank ein begründeter Verdacht vorhanden sein muss, rein präventive Massnahmen sind ausgeschlossen. Wird der Tatverdacht nicht bestätigt, wird also beispielsweise ein Strafverfahren gegen eine Person

eingestellt, müssen die Ermittler die entsprechenden Daten in der Datenbank wieder löschen. Nur die nichtcodierenden DNA-Abschnitte dieser Verdächtigen dürfen bisher entschlüsselt werden. Die Informationen daraus sind trivial und greifen relativ kurz: Man erkennt je nach Chromosomenkombination, ob es sich um einen männlichen (XY) oder einen weiblichen (XX) Täter handelt.

Anpassung an neue Methoden

Die Anpassung des DNA-Gesetzes an die heutigen Methoden müsse politisch diskutiert werden, sagt Albert Vitali. «Zehn Jahre nach Inkrafttreten des DNA-Profil-Gesetzes sind Ermittlungsmethoden mit Fingerabdrücken und Phantombildern passé.» Das Gesetz müsse angepasst werden, um den Strafuntersuchungsbehörden zu ermöglichen, mit neuen Methoden zu ermitteln. Von bürgerlicher Seite im Nationalrat gebe es Unterstützung für seine Motion, sagt der FDP-Politiker.

Staatsanwaltschaft informiert

Seit Anfang November 372 Männer zur Speichelprobe aufgefordert wurden, ist nichts Neues über die Suche nach dem Vergewaltiger in Emmen bekannt. Die Luzerner Staatsanwaltschaft teilte gestern aber mit, sie werde demnächst über den aktuellen Stand der Ermittlungen informieren.

640 000 Schüler heimgeschickt

LOS ANGELES sda. Nach einer Drohung hat die Polizei alle Schulen in der kalifornischen Metropole Los Angeles geschlossen. 640 000 Schüler seien nach Hause geschickt worden, teilten Schulbehörden und Polizei mit. «Früh am Morgen erhielten wir eine elektronische Drohung, in der die Sicherheit von unseren Schulen erwähnt wird», teilte der für Schulen zuständige Polizeichef der US-Westküstenmetropole, Steven Zipperman, mit. «Wir haben beschlossen, unsere Schulen heute zu schliessen, bis wir vollständige Gewissheit haben, dass sie sicher sind.»

Drohung per E-Mail

Nach Medieninformationen soll die Drohung per E-Mail eingegangen sein. Die Schulbehörden wollen alle Schulen nach möglichen Sprengsätzen oder Waffen durchsuchen lassen.

Im kalifornischen San Bernardino, nur eine gute Autostunde von Los Angeles entfernt, waren vor zwei Wochen bei einer Attacke auf eine öffentliche Einrichtung 14 Menschen sowie die beiden Angreifer getötet worden. Das FBI hatte den Angriff als Terrorakt gewertet.

Marine Le Pen freigesprochen

ISLAMKRITIK sda. Im Prozess um einen Vergleich muslimischer Strassengebiete mit der NS-Besatzung im Zweiten Weltkrieg ist die rechtsextreme französische Politikerin Marine Le Pen einer Verurteilung entgangen. Das Strafgericht der ostfranzösischen Stadt Lyon sprach die Vorsitzende des Front National (FN) gestern vom Vorwurf frei, zu «Diskriminierung, Gewalt oder Hass» gegen Muslime angestiftet zu haben. Das Gericht folgte damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Le Pen hatte im Dezember 2010 vor Anhängern in Lyon gesagt: «Es ist eine Besetzung von Teilen von Territorium, der Stadtteile, in denen das religiöse Gesetz angewandt wird, das ist eine Besetzung. Sicher gibt es keine Panzer und keine Soldaten, aber trotzdem ist es eine Besetzung, und sie lastet auf den Einwohnern.» Bei einer Verurteilung hätten ihr bis zu ein Jahr Haft und 45 000 Euro Geldstrafe gedroht.

ANZEIGE

FUST
Und es funktioniert.

Infos und Adressen:
0848 559 111
oder www.fust.ch

JETZT ZAHLEN MIT PUNKTEN
Gültig bis 24.12.15

Tauschen Sie jetzt Ihre Superpunkte in Fust-Einkaufsgutscheine ein!

SONNTAGSVERKAUF!
Infos unter 0848 559 111 oder www.fust.ch

Multimedia Highlights!

Notebook und Tablet in einem

nur 229,-
statt 499,-
-54%

10.7"

2 GB RAM
32 GB SSD

intel inside

TAB-P1006WKB-3G
• Intel Atom Z3735F Prozessor 1.33 GHz bis zu 1.83 GHz Art. Nr. 6979766

nur 699,-
statt 1399,-
-50%

15.6"

8 GB RAM
256 GB SSD

hd led intel inside CORE I7

hp Pavilion 15-ab295nz
• Intel Core i7-5500U Prozessor 2.4 GHz bis zu 3.0 GHz • Intel HD Graphics Art. Nr. 6979761

nur 332,-90
statt 369,-90
10% Rabatt

SONY DSC-HX90V
• EXMOR R CMOS-Sensor 1/2.3 mit 18,2 Megapixel • 30-fach optisches Zoom • OLED-Sucher • NFC, GPS und Wifi-Funktion Art. Nr. 5410918

mit Abo 0,-
ohne Abo 879,-

CoopMobile Abo

iPhone 6 (S) Plus 64 GB
*CoopMobile SwissFlat (Fr. 29.90/Monat) und Ratenplan (24 x Fr. 36.50) exkl. SIM-Karte Fr. 40.-

nur 1399,-
statt 1599,-
200,- Rabatt

4K / SUHD
1800 Hz

SAMSUNG UE55JS8080
• 2x DVB-T/C (CI+), 2x DVB-S2 • SUHD sorgt für kräftige und leuchtende Farben • Smart TV: Internet, Netflix, YouTube, facebook, etc. Art. Nr. 9811663

Kurden auf der Flucht

TÜRKEI In den Kurdengebieten wächst die Angst: Die Armee soll eine Grossoffensive gegen die Rebellen der PKK planen.

Man glaubt die Bilder zu kennen: Menschen wandern in langen Trecks über Landstrassen und Feldwege – Männer, Frauen, Kinder. Manche ziehen ihre Habseligkeiten in Rollkoffern hinter sich her, andere schleppen prall gefüllte Reisetaschen. Aber diese Bilder stammen nicht vom Balkan. Während Tag für Tag Tausende Flüchtlinge aus der Türkei über Griechenland nach Europa strömen, bahnt sich in Südostanatolien ein neues Flüchtlingsdrama an: Zehntausende Kurden fliehen aus Dörfern in die Städte, aus Angst vor einer bevorstehenden Grossoffensive des türkischen Militärs gegen die Rebellen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Fast täglich Tote

Seit die PKK im vergangenen Sommer nach einer mehr als zweijährigen Waffenruhe den bewaffneten Kampf wieder aufgenommen und die Regierung den Friedensprozess für gescheitert erklärt hat, gibt es fast täglich Tote bei Anschlägen und Feuergefechten. In vielen Bezirken der Südosttürkei haben die örtlichen Gouverneure Ausgangssperren verhängt, die teils schon seit Wochen in Kraft sind.

Immer mehr Menschen versuchen, kurze Pausen in den Ausgangssperren zu nutzen, um in die grösseren Städte oder in den Westen des Landes zu flüchten. In den Kurdenprovinzen kursieren Gerüchte über eine bevorstehende Grossoffensive des Militärs gegen die PKK. Anfang dieser Woche landeten auf dem Flughafen von Sirnak mehrere Militärmaschinen, die Soldaten und Gerät brachten. Für Angst in der Bevölkerung sorgt auch, dass Tausende Lehrer die Region verlassen haben. Sie sollen von den Behörden aufgefordert worden sein, sich zur «Weiterbildung» in den Westen zu begeben. Viele Schulen in der Region sind bereits geschlossen. Sakine Esen Yilmaz, Generalsekretär der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen, interpretiert die Rückrufe als Anzeichen einer bevorstehenden Militäroperation.

Zivilisten zwischen den Fronten

Die Situation erinnert an die 1990er-Jahre, als der Kurdenkrieg seinen Höhepunkt erreichte. Damals wurden mehr als eine Million Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. Ganze Landstriche wurden entvölkert, Tausende Dörfer von der Armee zerstört, um der PKK Unterschlupfmöglichkeiten zu entziehen. Wie damals gerät auch heute die Zivilbevölkerung zwischen den Fronten des Konflikts. In Cizre, einer Hochburg der PKK, versuchten Rebellen, die Menschen an der Flucht zu hindern, indem sie ihnen die Autoschlüssel abnahmen und Strassensperren errichteten.